



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
110 (1900)**

66 (8.2.1900) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-81653](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-81653)

General-Anzeiger



Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim.“
In der Postliste eingetragen unter
Nr. 2958.
Abonnement:
60 Bfg. monatlich.
Erlaubt man 20 Bfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Postauf-
schlag M. 2.80 pro Quartal.
Inserate:
Die Colonne: 20 Bfg.
Die Zeilen: 5 Bfg.
Einzel-Nummern 3 Bfg.
Doppel-Nummern 6 Bfg.

(Babische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Mannheimer Journal.

(110. Jahrgang.)

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6. 2

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6. 2

Verantwortlich für Inhalt:
Dr. Paul Harms.
für Theater, Kunst u. Belletristik:
Dr. Friedrich Walter.
Mit dem Journal verbunden:
Ernst Müller.
für den Anzeigentheil:
Paul Meyer.
Korrespondenz und Verlag der
Dr. A. Kautzsch'schen
Druckerei, (Mannheimer
Anzeiger-Druckerei).
(Das „Mannheimer Journal“
ist Eigentum des katholischen
Bürgervereins.)
Herausgeber: Dr. A. Kautzsch.

Nr. 66 (Abendblatt.)

Donnerstag, 8. Februar 1900.

(Telephon Nr. 25.)

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 8. Februar.

Die Civilliste des Kaisers.

Durch die Blätter ging diese Tage die Nachricht, daß von Reich wegen ein Zuschuß zur Civilliste des Kaisers und Königs verlangt werden würde. Diese Nachricht entbehrt, wie die Kat.-Lib. Corr. an zuständiger Stelle erfährt, der Begründung. Würde eine Erhöhung der Civilliste in Betracht kommen, dann würde schwerlich von den guten Grundrissen abgegangen werden, die bisher dafür bestimmend gewesen sind, solche Forderungen ausschließlich an den preussischen Landtag zu richten. Aber auch in Preußen ist an solchen Stellen, die von einer solchen Absicht wissen müßten, nichts davon bekannt.

Die zweite Lesung der lex Heinke

führte der Reichstag heute zu Ende. Die Beratung begann bei § 184 a, der, wie der Staatssekretär Niederding nochmals vortrug, in der Regierungsvorstellung den Zweck verfolgt, die öffentliche Schaustellung unsittlicher Darstellungen und Schriften zu verhindern. Darüber war die Kommission erheblich herausgegangen und hatte Beschlüsse gefaßt, die für das Kunstleben verhängnisvolle Folgen haben müßten; darum hat der Staatssekretär dringend, die Form der Regierungsvorlage anzunehmen. In namentlicher Abstimmung wurde aber der Kommissionsbeschluss mit 159 gegen 100 Stimmen durchgesetzt. Ferner hatte die Kommission einen sogenannten Theaterparagrafen eingefügt, wonach die Veranstaltung von öffentlichen Ausstellungen, die durch gröbliche Verletzungen des Scham- oder Sittlichkeitsgefühls Mergerniß zu erregen geeignet sind, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und bis zu tausend Mark Geldstrafe bestraft wird; ebenso soll bestraft werden, wer in theatralischen Vorstellungen durch die Art seines Auftretens das Scham- und Sittlichkeitsgefühl gröblich verletzt. Trotz der Mahnung der Regierung, es bei den geltenden Bestimmungen zu lassen, wurde auch dieser Paragraph angenommen. Bleibt es bei den Beschlüssen auch in der dritten Lesung, dann ist die ganze Arbeit umsonst gewesen. Die Regierung nimmt auch gegen den Arbeiterparagrafen nochmals Stellung, indem sie in der Verl. Corresp. erklärt: Zur Bekämpfung sittlich bedenklicher Lebenserscheinungen hat die Reichsregierung von jeher bereitwillig die Hand geboten, sie kann aber aus dem Reichstag und in den Kommissionen angeführten vielfachen Bedenken zu dem vom Reichstage beschlossenen „Arbeiterparagrafen“ ihre Zustimmung nicht geben. Es wäre gewiß bedauerlich, wenn der vorliegende Gesetzentwurf in Folge dessen in seiner Gesamtheit scheitern sollte, die Reichsregierung würde, wie der Herr Staatssekretär des Reichsjustizamtes bei der ersten Lesung erklärte, solchenfalls „mit dem Bewußtsein sich trösten müssen, daß sie, wenn auch vergeblich, das Ihrige gethan hat, um schweren Uebelständen entgegenzuwirken“.

Der Transvaalkrieg in deutscher Beleuchtung.

In der Londoner „Finanzchronik“ hatte vor Kurzem Dr. Karl Peters einen Artikel über den Burenkrieg veröffentlicht, welche nach diesem Kriege die Möglichkeit einer nationalen Wiedergeburt Englands behauptete. Der bekannte Kolonialpolitiker Dr. Schroeder-Vogelow antwortet darauf in derselben Zeit-

schrift unter der Ueberschrift „Der Transvaalkrieg in deutscher Beleuchtung“ u. A. Folgendes: „Eine fittliche Wiedergeburt des englischen Volkes wird sich an diesen Krieg nicht knüpfen. So lange es Diamanten, Gold und Cecil Rhodes in Südafrika gibt, ist Buße, Reue und Umkehr zum Besseren nicht möglich. Somit wird Südafrika der Punkt bleiben, wo das britische Reich mit der übrigen Welt kollidirt, und wo so sein Zerfall eingeleitet wird. Freilich denken wir uns diesen Zerfall gewiß nicht als einen akuten Zusammenbruch. Auch das römische Reich ist erst durch Jahrhunderte zerbrochen; aber für Einseitige war gleich sein erster Zusammenstoß mit den jugendlichen Germanen sein „signum mortis“. England hat die Welt, sofern sie unter seiner Herrschaft steht, nur mechanisch, rein äußerlich erobert. Dieser unerträgliche Zustand ist allein schon eine Bedingung des Zerfalls. Man kann gern anerkennen, daß es eine wichtige Mission der Engländer war, Straßen, Häfen, Telegraphen Eisenbahnen und den Apparat des Handels auch den entlegenen Völkern der Erde zu bringen. Weiter ging aber seine Mission nicht, und zwar weil auch sein Können nicht weiter ging. Weiter haben die unterworfenen Völker von England nichts erhalten; Menschenliebe und der Geist der Versöhnung fehlte, und so brachte die mechanische Förderung dieser Völker gleichzeitig einen unumföhllichen Haß und einen Stillstand ihrer geistigen Entwicklung. Das Antlitz der Erde kann daher immer nur äußerlich ein englisches sein, Seele und Leben geht von diesem Volke nicht aus... Dr. Peters meint, der südländische Mutz, als besonder große Eigenschaften, seien den Engländern geblieben. Mag sein, und wir wollen es an diesem Orte nicht bestreiten. Aber wir nehmen dieselben Eigenschaften, die Dr. Peters den Engländern zuspricht, für die Deutschen in Anspruch, und fügen diesen noch die besonderen Fähigkeiten unserer Rasse bei. Kein Volk kann der Hoffnungen in die Zukunft entbehren, und wir beleben uns zur Zeit an der Hoffnung, daß das deutsche Reich der jungen Rasse werden möge, der die Arbeit des germanischen Genius da wieder aufnimmt auf der Erde, wo England sie liegen ließ oder von ihr vertrieben ward. — Man wird vom deutschen Standpunkt aus nur wünschen können, daß deutscher Unternehmungsgeist und deutscher Mutz die hier ausgesprochenen Erwartungen erfüllen mögen.“

Deutsches Reich.

C. Berlin, 7. Febr. (Die erste Beratung des Flottengesetzes) interessiert offenbar die Öffentlichkeit ungewöhnlich, denn schon seit mehreren Tagen sind die Plätze zu den Tribünen vergeben. Die politische Situation ist völlig ungeklärt. Die Centrumsfraktion hat sich nach lebhaften Auseinandersetzungen dahin schlüssig gemacht, als Fraktionsredner den Wortführer des bayerischen Flügels, den Abg. Dr. Schädler, sprechen zu lassen. Für die Flottensache ist es ein schwerer Schlag, daß um die Wiedergewinnung des schwererkrankten Dr. Lieber die ernstesten Besorgnisse gehegt werden müssen. Auf keinen Fall wird die erste Lesung eine Klarstellung bringen.

— Ueber den Zweck des Aufenthaltes von Dr. Leyds wird der „Täglichen Rundschau“ geschrieben: Seit der Beglaubigung eines Gesandten der Südafrikanischen Republik am Berliner Hofe 1885 hat der Inhaber dieser Stelle sich alljährlich zum Geburtsstage des Kaisers

als Glückwünscher hier eingefunden, außerdem hat er stets an dem Gastmahl beim Reichskanzler aus diesem Anlaß theilgenommen. In diesem Jahre fiel wegen der Hoftrauer die Beglaubigung des Kaisers weg, doch die Einladung zum Reichskanzler blieb in Kraft. Schon dieser Grund genügte zur Reise nach Berlin. Ueberdies hatte der Gesandte, der seit langer Zeit nicht mehr hier antwortend war, großen gesellschaftlichen Pflichten nachzukommen. Mehrfach ist behauptet worden, daß Dr. Leyds jetzt nach Petersburg reisen werde. Diese Angabe muß dahin berichtigt werden, daß diese Fahrt erst später bei milderer Witterung gemacht werden wird. Auch die Delagofrage ist von keiner Seite berührt worden, auch scheint sie nicht mehr so akut zu sein, wie vor einigen Monaten. Ferner wurde behauptet, es fänden Erwägungen statt, daß die bethetigten Mächte in einem bestimmten Ute die Unabhängigkeit Transvaals anerkennen, um seine Vernichtung jedenfalls zu verhindern. Auch diese Frage ist überhaupt nicht angeregt worden; dazu liegt auch kein Bedürfnis vor, da nicht nur Deutschland und Frankreich Verträge mit der Republik abgeschlossen haben, sondern auch Rußland das Beglaubigungsschreiben des Gesandten entgegengenommen hat. Darin liegt die offene Anerkennung der Selbstständigkeit der Republik.

Frankreich.

p. Paris, 7. Febr.

Der russische Revolutionär Peter Lavrov

Nach in Paris im Alter von 77 Jahren. Er stammte aus einer adeligen Familie und war Professor an der Petersburger Militäradademie, als er in das Attentat Karajew's gegen Alexander II. verwickelt und nach Sibirien geschickt wurde. Nach dreijähriger Bergwerksarbeit entfloh er im Jahre 1869 und trat in Paris der von seinem Landsmann Bakunin gegründeten Internationalen bei. Er bethetigte sich an den meisten sozialistischen Organen Frankreichs und wurde im Jahre 1882 auf den Wunsch der russischen Regierung auf kurze Zeit ausgewiesen. Etwas mehr begütert als die meisten Flüchtlinge, spielte er oft die Vorsehung für seine unglücklichen Landsleute. Als sozialistischer Pariser Blätter bekämpfte seinen Tod als einen Verlust für ihre Sache.

Ueber den Rückgang der französischen Sprache

klagt Jules Claretie im „Journal“. Er spricht seine Genugthuung darüber aus, daß es noch einmal gelungen sei, im kleinen Parlament der Insel Jersey den Gebrauch des Französischen festzuhalten, obwohl das Englische dort immer mehr überhand nimmt. Im Ganzen werde aber das Französische, das im vorigen Jahrhundert die gebildete Welt beherrschte, immer mehr zurückgedrängt, da nach der Schätzung des Almanach Hachette 125 Millionen englisch, 100 Millionen russisch, 70 Millionen deutsch und nur 50 Millionen französisch sprechen. In Rußland sei es heute ebenso sehr Mode, den Kindern englische oder deutsche Gouvernanten zu geben, wie im letzten Jahrhundert der französische Abbe in vornehmen Familien die Regel war. In Belgien wird das Französische durch das Flämische verdrängt. Früher waren beide Theile ungefähr gleich stark, aber in den letzten zehn Jahren hat das Flämische über dreihunderttausend Vertreter gewonnen, so daß jetzt auf 24 000 französisch Sprechende 27 000 Flämischer kommen. Claretie erkennt die Bestrebungen der Alliance Française an, die durch Kurse und Vorträge in der ganzen Welt für die französische Sprache wirkt. Er glaubt da-

Gemischtes.

Gerhart Hauptmanns letzter Mißerfolg und die Berliner Premierenspekulation.

(Original-Bericht des „General-Anzeigers“.)

X Berlin, 7. Februar.

(Hauptmann-Baife. — Berliner Premierengeheimnisse. — Theater und Literatur. — Hauptmann-Pfaffen. — Das Publikum der dritten Aufführung. — Der bürgerliche Schwankinhalt und die Interpretation. — Die Waghalsigkeit über „Schuld und Jan“.)

Seit vier Wochen schon waren sämtliche Büllets zur Hauptmannpremiere vergriffen. Wer vor acht oder vierzehn Tagen sich zum Kassirer des „Deutschen Theaters“ bemühte, den lächelte der Wiedere an und meinte nicht ohne Hohn: Da könnte Jeder kommen, bis jetzt sei das Haus Gottlob schon fünf Mal ausverkauft; soviel Vorausbestellungen lagen vor. Vor diesem Nachspruch half kein Appell an Direktor, Dramaturgen und Sekretär; das Haus blieb ausverkauft. Wie es dennoch geschehen konnte, daß am Sonntag Abend in allen Thortwegen Begegnung, das aufzuklären Andere berufen sind als wir. Von allgemeinerem Interesse ist die Thatsache, daß von den etlichen Tausend Vorbestellern sich nur ein verschwindender Bruchtheil seines Vorrechtes besaß. Nur noch am Sonntag. Am Montag war das Parquet kaum zur Hälfte besetzt; die Leute in den Logen ließen sich beim ersten Umschauen zählen und die Händler, die draußen in den Thortwegen mürrisch und fluchend herumlungerten, dachten längst an kein Agio mehr; die schlagen die zwischen Nacht und Morgen entwertheten Märkten los um jeden Preis. Es war mit diesem neuesten Hauptmann zugegangen wie an der Bourse, wenn eine durch den Namen ihres Urhebers empfohlene Erfindung gegrün-

det werden soll. Der Name hatte gezogen; im blinden Vertrauen auf ihn hatten die Tausende geglaubt. Nun da sich — im besten Falle — als Eingebung gläubiger Verzückung entpülte, was man in raffiniert zurecht gedrehten Notizen, Neugier und Andrang zu steigern, uns verließ, zuckten die gausam Ernüchterten zurück. So löse sich einem schließlich nicht die Fünfmartstücke in der Tasche. Hauptmanns Schuld und Jan, kurz zuvor noch ein Objekt von fünfzig und mehr Tausenden, war binnen vierundzwanzig Stunden Makulatur geworden; die groben Kerle mit den heiseren ausgeschrieenen Stimmen, die ein glücklicher Zufall bei den Vorausbestellungen am Chefsen berückichtigt hatte, boten es fluchend und scheltend unter laut aus... .

Nach diesem Gesichtspunkte — scheint mir — sollte man zunächst beurtheilen, was sich um die Wende der Woche in unserer erlauchten Theaterstadt Berlin zutrug. Mit dem Stück selbst, in das sonst geschickte Männer in seltsamer Voreingenommenheit allerlei hineingeheimnigt haben, ist der Unbefangene leicht fertig. Aber was sich uns hier an Zusammenhängen aufbot zwischen der Dichtkunst, die angeblich nach den höchsten Kränzen trachtet und allgerühmtesten Geschäftshuberei, das erfordert doch andauernde und nachdenkliche Betrachtung. Sollte Herr Hauptmann wirklich nicht gewußt haben, was er schuf, da er doch selbst im Prolog um Mitbe für seiner „unbesorgten Raune Kind“ bat? Und sollten Direktor und Regisseur, die die Komödie liebevoll inszenierten, die Künstler, die sie durch Wochen hindurch mit Hingebung studierten, nicht schon während der Proben erkannt haben, daß es sich um ein Wert handelte, das seinen Zweck bereits da erfüllte, als sich der Autor zur Erholung von anderer, ernstlicher Arbeit die Müdigkeit von der Seele schrieb? Und wenn sie's wußten und erkannten, warum ließen sie's dann überhaupt zu dieser Aufführung kommen? Wollten sie, gestützt auf die Macht einer virtuos gehandhabten Reklame und die Lungenkraft der

johlenden Premidrentüpel, die jeden Widerspruch gegen ihre Aggötter niederzurosen pflegen, Mehrerthe erzwingen? Scheinwerthe in künstlerischer Beziehung, aber höchst reelle in materieller. Je mehr man diese unbedenklichen Gedanken abzuweisen sucht, um so tiefer dringen sie ein. Und um so widerwärtiger erscheint die Stellung, die das Theater im Verhältnis zu unserer literarischen Gesamtproduktion nachgerade einzunehmen beginnt.

Wir sind nicht übermäßig reich an poetischen Schöpfungen. Gewiß aber nicht so arm, daß nicht alljährlich in unserer Mitte so und so viele erzählende Dichtungen entstünden, die ungleich reifer, feiner, abklarer wären als Hauptmanns „Schuld und Jan“. Wer achtet ihrer? Wer kennt sie außer dem Kreis berufsmäßiger Rezensenten, die sich mit ihnen in zwanzig Kleinzeilen abfinden? Wer nahm sich die Mühe, in ihnen zu blättern? Von Gerhart Hauptmanns neuester Arbeit aber sprach man schon Monate zuvor, noch ehe Dr. Brahm's geschäftstüchtige Weisheit uns den Titel verrieth; am Premierenabend gab es den üblichen Kampf zwischen Verständigen und brutalen Unfinnigen; dann überstürzten sich eifrige Korrespondenten auf der Hast nach dem nächsten Telegraphenamt und feilten schreiben und fleißige und sonst geschickte Männer literarhistorische Abhandlungen, um nachzuweisen, wie unendlich zart und charakteristisch Meister Gerhart wieder Alles erfaßt; wie er Romanist und Realist zugleich in allen Stilarten zu Hause sei. Wer alle diese Erscheinungen nüchtern prüft, den überkommt unwillkürlich die bange Furcht, als könnten auch wir eines Tages in die trostlose Seelenarmuth der Wiener verfallen, denen die höchsten Empfindungen nur noch Komödien und Komödianten auslösen. Man weiß nicht recht: ist es nur Suggestion oder die stille Verabredung einer Clique, was die Herren jetzt über die Reklame meinel läßt. Den Mißerfolg einfach zu leugnen, getraut sich Keiner. Aber da man nicht abstreiten kann, was schlechterdings nicht

Abg. Rumpel tritt für Wiedererrichtung des Amtsgerichts in Neckargemünd ein.

Abg. Fendrich wendet sich gegen einzelne Ausführungen Wöders und geht nochmals auf die Art der politischen Agitation des Wöders hin. Niemand habe etwas gegen, wenn die Herren Geistlichen, die Sozialdemokraten bekämpfen, nur sollten die Herren nicht dazu die Kanzel benutzen und anderen noch Dinge behaupten, die durchaus unwahr seien; denn es sei thöricht, wenn man behauptet, die Sozialdemokratie sei eine Bekämpferin der Religion. Wenn die sozialdemokratische Presse die Kirchen bekämpfe, so komme es daher, daß der hohe Geist der Pfaffen und des Wohlwollens weder privat noch auf der Kanzel von vielen Geistlichen gelobt werde.

Abg. Frieser glaubt Namens des Richterstandes hervorheben zu können, daß von einer Kontrolle irgend welcher Art niemals die Rede sein könne. Von einer politischen Nachprüfung oder Beaufsichtigung sei in Baden, so lange er denken könne, keine Rede gewesen, wie auch niemals an ihn als Staatsanwalt das Gesuch ergangen sei, in dieser oder jener Richtung politisch zu wirken. Auch in Bezug auf die Befugnisse kommt sodann auf den Fall des Oberamtsrichters in Eiberg zu sprechen, der sich in Fortwachen gewandelt, mit dem allfälligen Bischof im Hotel zu speisen. Wäre der Oberamtsrichter ruhig fortgegangen, so hätte Niemand etwas dagegen einzumenden.

Abg. Orth fährt dem gegenüber aus, daß der Oberamtsrichter durchaus korrekt gehandelt habe, jedenfalls sei es nicht notwendig, daß ein Katholik einem allfälligen Bischof als Dekoration diene.

Abg. Wacker tritt diesen Ausführungen bei und betont nochmals, daß der Oberamtsrichter vollständig korrekt gehandelt habe. Dem Abg. Fendrich gegenüber müsse er Verwahrung einlegen, daß, wenn irgend ein Geistlicher nach den Verhältnissen in seiner Gemeinde gegen die sozialdemokratische Agitation antreten zu müssen, dies als politische Agitation bezeichnet werde. Dabei gebe er zu, daß der eine oder andere Geistliche wohl über das Ziel hinausschiesse könne.

Abg. Weinburger (Deutsche Volksp.) kommt auf die Ausführung des Richters Wöders zu sprechen, der eithel behauptet, man dürfe Katholiken und Sozialdemokraten nicht zu Schaffen und Geschworen wählen, da dieselben das Eigentum als Diebstahl erklarten. Er bringe diesen Fall nur zu Sprache, weil er darthue, wie wenig die jüngsten Juristen mit der Sozialpolitik vertraut seien und die soziale Frage mehr vom Standpunkt des Referenten aus beurtheilen.

Nach kurzen Bemerkungen des Abgeordneten Dreesbach und einem Schlusswort des Berichterstatters wird die Generaldebatte geschlossen.

In der Spezialberatung beantwortet Abg. Wittum ein Handelsgericht in Pforzheim, das ein jahrelanger Wunsch der Pforzheimer Industriellen sei.

Staatsr. Koll sagt eine neue Prüfung in dieser Angelegenheit zu.

Abg. Frank schließt sich den Ausführungen Wittums an; gerade Pforzheim habe ein besonderes Recht, umso mehr als die kommerziellen Verhältnisse für ein Handelsgericht viel mehr sprächen, als diejenigen in Karlsruhe.

Abg. Obkircher bepricht die Anstellungsverhältnisse und Gehaltsverhältnisse der Richter, denen im neuen bürgerlichen Gesetz, das eine verantwortungsvolle Stellung einräumt, sei. Neuer bestimmt eine Verbesserung vor allem der Anstellungsverhältnisse.

Abg. Straub bringt nochmals den Wunsch vor, man möge den Notaren auch Sitze in Städten anweisen, in denen keine Amtsgerichte seien, so vor allem in Stuttgart.

Abg. Dietzle befragt die Errichtung eines Notariats in Neckargemünd, die regierungsseitig für schwierig gehalten wird.

Abg. Weinburger wünscht für Neckargemünd ein Notariat, das in auch früher schon bestanden.

Abg. Wacker tritt gleichfalls für Neckargemünd ein, worauf Staatsr. Koll nochmals erklärt, daß alle einschläglichen Verhältnisse geprüft wurden.

Abg. Weinburger meint, man sollte sich grundsätzlich dafür aussprechen, die Notare auf das Land zu vertheilen, statt sie in große Städte zu legen, um den Verkehr mit dem großen Publikum zu erleichtern. Auch er halte es allgemein für geboten, die alten Notariate mit der Zeit wieder zu errichten, so in seinem Bezirk die Notariate Seibach und Grehenbach. Der Lokalbahndirektor mit den größeren Städten erleichtere für die Kinder den Besuch besserer Schulen.

Abg. Straub bittet im nächsten Budget um Einstellung einer Summe für ein neues Amtsgericht in Stodach.

Im gegenwärtigen Etat vernimmt Abg. Pfefferle die Einstellung einer Summe für ein neues Amtsgericht in Emmendingen. Man solle heute noch daran denken, den Bau in der gegenwärtigen Budgetperiode bei der guten Finanzlage vorzunehmen. Abg. Land tritt diesen Ausführungen bei. Seitens der Regierung wird betont, daß im nächsten Budget die Angelegenheit bestimmt erledigt wird. Abg. Frieser unterstützt gleichfalls die Ausführungen Pfefferle. Abg. Land führt aus, daß die Anstellungsverhältnisse in Schwellingen ähnlich seien wie in Emmendingen und daß eine Verlegung dringend geboten sei. Abg. Blümel begründet den von den Abg. Frieser und Weinburger mitgetheilten Antrag: „Die Regierung möge für den Amtsgerichtsbau in Singen einen anderen Bauplatz wählen, als den vorgezeichneten.“ — Seitens der Regierung wird eine Prüfung zugesagt und der Antrag Blümel angenommen.

Die Sitzung wird punkt 2 Uhr geschlossen.

Deutscher Reichstag.

(149. Sitzung vom 8. Februar.)

Am Bundestische Staatskaiser Tizip. Graf Cosack und Thielmann. Präsident Graf Ballestrem eröffnet 11 Uhr 20 die Sitzung. Das Haus ist sehr gut besucht, die Tribünen sind überfüllt. Am einer ist ein photographischer Apparat aufgestellt. Eine Veranstaltung des Entwurfs einer Novelle zum Flottengesetz vom 10. April 1898.

Staatskaiser Tizip: Der Bebauung einer starken Flotte für Deutschland haben die historischen Ereignisse der letzten beiden Jahre eine sehr deutliche Sprache geredet, daß die Nothwendigkeit einer Verstärkung in immer weiteren Kreisen unserer Vaterlande anerkannt wird. Die Flottengegner und die Flottenfreunde unterscheiden sich im Wesentlichen darin, daß die Anhänger aneinandergehen über den Umfang, den Zeitpunkt und das Tempo der einzuführenden Verstärkung, wie auch über die Form, wie die Flotte zu beschaffen sei. Die Gründe für die Verstärkung lassen sich in wenigen Worten zusammenfassen. Der Abstand zwischen der militärischen Stärke unserer Flotte und der in anderen Ländern ist so groß, daß die verbündeten Regierungen in diesem Abstände für die Dauer eine erhebliche Gefahr erblicken, und zwar erscheint diese Gefahr um so größer, als die Konkurrenz der anderen Mächte menschlichem Erfinden noch in den nächsten Jahrzehnten noch zunehmen wird. Wenn man die Frage der Verstärkung der Marine prüfen will, wird man sich darüber klar sein müssen, daß eine Kriegsmarine sich nicht im reprodisiren läßt, sondern daß zu ihrer Herstellung viele Jahre nöthig sind. Am allerwenigsten wird sich eine Kriegsmarine improvisiren lassen in der Stunde der Gefahr, mit dieser Thatsache werden wir zu rechnen haben. Die Herstellung von Kriegsmarinen bietet nicht nur Schwierigkeiten in finanzieller Beziehung, sondern es ist vor allem auch die materielle Frage zu betrachten. Schiffe und die Besatzung der Schiffe haben und deren Führung lassen sich nicht aus der Erde stampfen, sondern sie bedürfen mit den dazu gehörigen Werftanlagen mannigfacher Vorrichtungen und langer Gefahre. Würde man sich über die Frage einer Verstärkung an sich klar geworden sein, so würde es sich zunächst um die Frage handeln, nach welcher Richtung dann die Verstärkung gehen sollte. Ich habe früher gelegentlich, dem hohen Hause darzulegen, daß wir nicht wissen können, gegen welchen Gegner wir und bermal einst richten müssen.

Wir werden uns daher vorwiegend auf die gefährlichsten Gegner einzurichten müssen. Jede einzelne Frage würde Deutschland zu einer gefährlichen Zersplitterung führen. Der gefährliche Kriegsfall tritt für Deutschland ein, wenn die Kräfte eines Landheeres nicht gebrauchbar werden können. Bei Ausbruch eines derartigen Krieges bedürfen wir ausschließlich einer starken Schlachtflotte. Nicht diese nicht aus, um einen Angriff zu verhindern, so würde es wiederum Aufgabe der Schlachtflotte sein, die Lebensader unserer Wirtschaft nach den Küsten zu öffnen zu halten. Unsere Kreuzerflotte würde in einem solchen Kriege bei unserer geographischen Lage nicht genügen, eine Blockade zu brechen, und die feindliche Flotte zu passieren. Während eines Krieges wäre es schwer, unsere Handelschiffe davor zu schützen, darum muß ein solcher überhaupt verhindert werden durch eine starke Flotte. Der Inhalt dieser Vorlage deckt sich mit den Mittheilungen der Regierung, bei der ersten Etatskommission; er erweitert den Substanz und die Individualität. Der Schluppsatz in gegenstandslos geworden, soll aber aus formalen Gründen nicht gestrichen werden. Es handelt sich darum, eine zweite Schlachtflotte unabhängig neben die erste zu setzen, eben so wie zwei Armeekorps. Bezüglich der Anzahl der zu einer Flotte gehörenden Schiffe ist das Maximum genommen, welches noch von einer Person kommandirt werden kann. Es wäre zu prüfen, ob diese Verdoppelung ausreicht und die zur Zeit bestehenden Gefahren beseitigt oder doch erheblich vermindert. Ich möchte mir diese Frage für die Kommission vorbehalten. Die Vermehrung der Auslandsschiffe wird wohl allgemein anerkannt. Die Kosten sind bis 1916 auf 800 Millionen Mark berechnet, das ergibt einen jährlichen Durchschnitt von 50 Millionen Mark. Im Augenblick der bevorstehenden beträchtlichen Vermehrung erscheint es nicht angebracht, mit dem Prinzip der Anleihen zu brechen. (Staatskaiser Tizip: Ich betrachte den Saal.) Wenn nicht ein festes, unänderliches Ziel statuiert wird, werden durch das von der Hand in den Mund Leben bei der Marine selbst weitere Schwierigkeiten entstehen. Die verbündeten Regierungen sind so durchdrungen von der Nothwendigkeit der Vorlage, daß sie nicht länger damit warten konnte. Ich hoffe, daß das hohe Haus sich davon überzeugen, daß die Vorlage notwendig war. (Beizeigte Brauereie rechts, Gelächter links.)

Schäbier (Zentrum). Der Staatskaiser der Marine leitet die Debatte über die heutige Vorlage mit dem allgemeinen Gedanken ein, daß bezüglich der Bedeutung der Nothwendigkeit einer starken Flotte keineswegs eine Divergenz der Anschauungen besteht, wohl aber die Meinungen auseinandergehen über das Ziel, das Tempo und die Mittel. Ich sehe hier nicht an, dem Ausdruck zu geben, daß auch wir eine starke schlachtfertige Flotte haben wollen, dabei aber in Betracht ziehen, unsere Bandwurm, denn unsere Stärke liegt auf dem Lande (Sehr richtig im Zentrum), daß wir ferner berücksichtigen müssen die Leistungsfähigkeit unseres Volkes und nicht außer Acht lassen dürfen, was der Staatskaiser schon betonte, nämlich den Umstand, daß wir nicht allen Feinden zugleich die Spitze bieten können, demgemäß auch nicht zugleich das Beste auf dem Lande und das Beste auf der See sein können, sondern daß auf diesem Gebiete unserer Diplomatie ein großes und weites Feld ziffert, wovon wir nur wählen können, das unser Auswärtiges Amt und dessen Leiter es in ähnlich feuchtdringender Weise wählt, wie bisher. Der Staatskaiser wird darauf hin, daß die Marine sich nicht improvisiren läßt und daß sie Zeit bedürft. Damit räumt der Staatskaiser das Kompromiß hinweg, das man etwa gegen diejenigen erheben könnte, ja das man ganz sicher gegen diejenigen erhebt, welche dieser Frage gegen über Bedenken und zwar gerechte Bedenken haben, den Vorwurf nämlich, als ob das Vaterland momentan in Gefahr sei. Eben deshalb, weil die Kriegsmarine sich nicht improvisiren läßt, sondern Zeit bedürft, müssen wir es uns auch recht überlegen, in welcher Weise wir sie bauen wollen und wir haben den Vorteil für uns, daß dem deutschen Volke und dem deutschen Lande der Schutz gewährt ist, den die Regierung selbst vor 2 Jahren als vollständig und ausreichend anerkannt hat. (Sehr richtig links und im Zentrum.) Der Staatskaiser betonte, daß die Regierung so sehr von der Nothwendigkeit dieser Vorlage überzeugt sind, daß sie trotz der Vorlage von 1898 mit der heutigen Vorlage an das Haus herantreten sind. Es wäre vermessen, die Frage zu stellen, ob denn überhaupt alle verbündeten Regierungen der nämlichen Anschauung gewesen sind. Wohl aber scheint es doch, als ob bezüglich des Zeitpunktes der Einbringung dieser Vorlage diese Einigkeit bei den Regierungen noch gar nicht so sehr allen Datums ist. Denn als nach der Hamburger Rede eine wilde Begeisterung auszubringen schien, schrieb die „Norddeutsche“, für 1900 wäre keine Marinemobilie in Aussicht. Was sie selbst unterrichtet oder was die Presse noch nicht weiß, aber was die Ordre noch nicht eingetroffen! Der Staatskaiser verweist in einigen Punkten auf die Kommission und hat damit den Weg gewiesen, dem meine Freunde nicht entgegen sind. Gründliche Durchberatung ist noth. Die wahre Begründung der Vorlage ist: wir wollen hinaus auf die hohe See und den Feind auf seinem eigenen Gebiete angreifen. Über einen solchen Kurs wollen wir nicht fliehen. Es ist in den 2 Jahren nichts wesentlich Neues geschehen. Wir verlangen eingehende Begründung bevor wir uns endgültig entscheiden und ich erkläre im Namen aller meiner politischen Freunde: wir sind für das Gesetz in der Form und in dem Umfang, wie es hier vorliegt, nicht zu haben. (Beifall im Zentrum.) Über den Umfang der Vorlage machen sich wohl die Wasserpartei und die Reichswehrminister keine ersten Begriffe. Sie werden auch 200 neue Geschwader benötigen. Die Reichswehrminister sind im Hinblick begreifen, Geld ist keines da. Die Vorlage nimmt es sehr leicht mit der Deduktionsfrage. Man will vorläufig 708 Mill. Mark Schulden machen. Unleihen in solcher Höhe erscheinen jedem unzulässig. Wer das Gesetz will, muß auch die Mittel wollen, b. h. neue Steuern. Die Deduktionsfrage muß erst gelöst werden. Die 100 Millionen neue Steuern müssen die Interessenten und leistungsfähigen Steuerzahler aufbringen. Die armen Landbewohner dürfen nicht herangezogen werden. Wir kennen unsere Pflicht gegen unser Vaterland und unser Volk und wollen eine gründliche Prüfung der Frage. Das Gesetz der Reichstagsaufstellung fänden wir nicht. Wir sind nicht gegen eine starke Flotte, aber es handelt sich hier um das Wohl des ganzen Volkes. (Beifall im Zentrum.)

Dr. Zuehlke (fort.) führt aus: Wir erkennen an, daß wir nicht davon denken können, eine Flotte zu begründen, die der größten der Welt gleich kommt. Wir meinen eine Vermehrung, die sich über 20 Jahre erstreckt, ist keine Utopie. Ich erinnere an die Weltumseglung unserer Vaterlandes. Wir wissen unsere Unabhängigkeit zu erhalten. (Beifall rechts.) Wir meinen, daß die Vorlage nichts Weiteres ist als ein Programm. Bei jeder neuen Staatsberatung können Reichstag und Regierung über die Verwirklichung nützlich beschließen. Aber die Deduktionsfrage anregt, beschwert dadurch nur die Vorlage. (Weiter links und im Zentrum.) Allerdings ist das Bedenken nicht von der Hand zu weisen, daß wir durch unser Programm die Aufmerksamkeit des Auslandes auf uns lenken. Die allergrößte Gefahr für unser politisches Leben steht der Vorlage freundlich gegenüber. Wir sind mit der beabsichtigten Verweisung an die Subkommission einverstanden. Eine gründliche Vernehmung ist notwendig. Vor allem möchten wir den Schein vermeiden, als ob die Vorlage in keiner Durchsicht angenommen oder abgelehnt wird. Wir befinden uns nicht in einer Entscheidung und diejenigen welche die Vorlage ablehnen, wollen auch nicht. (Beifall rechts. Zwischen links.) Provo (Soz.). Die Regierung hatte im Jahre 1898 ausdrücklich erklärt, daß die damalige Vorlage genüge. Es zeigt sich aber, daß die Beschleunigung seiner Partei gerechtfertigt waren. Es wurde laut und offen ausgesprochen: Auf dem Meere gilt nicht mehr der Reichstag, gelten nicht mehr die Bundesfürsten, da nicht Allen der Kaiser. Jede Verstärkung der Flotte schiebt die größte Gefahr für den Frieden in sich. Steuern werden in sicherer Aussicht und zwar natürlich wieder indirekt, welche die „Reichswehr“ am meisten belastet. Wie können wir diesen von den Händen der starken Schulden lösen in der Praxis verfahren. Mehrere erklärt sich Namens seiner sämtlichen Parteifreunde gegen die Vorlage.

Baumann (N.L.). Von Durchsicht ist allerdings keine Rede. Auch wir wollen eine starke Flotte. Auch wir wollen das Landheer darüber nicht vernachlässigen. Auch wir wollen Rücksicht

nehmen auf die Leistungsfähigkeit des Volkes und wollen die schwachen Schultern schonen. Die Consumartikel der breiten Massen dürfen von den Steuern nicht getroffen werden. Ich habe bei Schöler die Betonung der ganzen handelspolitischen und wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte vermisst. Die Ausführungen Schölers entsprechen im Allgemeinen dem, was wir erwarten konnten. Das Zentrum will dieses Gesetz nicht aber es will vielleicht ein anderes, die Brücke ist nicht abgebrochen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

(Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.)

* Berlin, 8. Febr. 3 Uhr Nachm. Augenblicklich besteht keine Lebensgefahr für Dr. Lieber. Die Schwäche dauert an.

* Kiel, 8. Febr. Die Kaiserin traf um 8½ Uhr Morgens zum Besuche der Prinzessin Heinrich hier ein, und wurde auf dem Bahnhofe von Professor Esmarck und dessen Gemahlin empfangen.

* Wien, 8. Febr. Der Kaiser verlieh dem Prinzen Maximilian von Baden das Großkreuz des Stephansordens.

Der Burenkrieg.

* London, 8. Febr. „Standard“ meldet aus Spearmanslager von gestern: Während die 11. Brigade eine Diversion ausführte, rückte die übrige zum Angriff ausgewählte Infanterie, die Sonntag Nacht am Alceberg bivouacirte, am Fuß des Jortalslop einlief auf dem rechten Flügel vor und marschirte auf den Vaalkrang zu, der auf dem geraden Wege nach Ladysmith liegt. Nach zwei stündigem Marsche näherte sie sich den Buren auf Schußweite. Das nächstliegende Kopje wurde mit größter Tapferkeit mit dem Bajonett genommen. Fast gleichzeitig säuberte die Schwarzhügelbrigade, die über einen langen Höhenrücken ging, ein zweites Kopje. Die Truppen bivouacirten an Ort und Stelle. Am 8. d. 4 Uhr Nachmittags strengten sich die Buren an, die von den Engländern genommene Stellung auf dem Vaalkrang wieder zu erobern; sie wurden jedoch mit Verlusten zurückgeschlagen. Das Granatfeuer der Maximgeschütze der Buren war sehr heftig. Die Verluste der Engländer sind verhältnismäßig gering. Die Durbaner leichte Infanterie machte im Verlaufe des Angriffs einige Gefangene. Der Feind kämpfte wie immer mit äußerster Hartnäckigkeit. — Die „Times“ meldet aus Spearmanslager vom 7.: Die Stellung der Buren, welche sich auf einer Bergkette befand, war stark verchanzt und besaß eine vom Spionkop 3 Meilen nach Osten aus. Der Scheinangriff wurde von der Brigade Bynnes ausgeführt und von 5 Batterien unterstützt, welche das feindliche Feuer auf sich lenkten. Den Hauptangriff auf dem rechten Flügel unternahm die Brigade Lyttelton. Sie überschritt den Berg auf einer Pontonbrücke und griff den am weitesten nach Süden gelegenen Berg an. Die Buren, welche auf dem Doornloof Geschütze aufgestellt hatten, beschossen die britischen Truppen heftig und hinderten sie am weiteren Vormarsch. Die Engländer bivouacirten daher auf der Stelle, wo sie standen. Gestern wurde ein weiterer Vorstoß unternommen. Die Buren unterhielten auf weite Entfernung ein Granatfeuer und es ist leicht, die Stellung der Geschütze zu entdecken. Am Nachmittag griff der Feind heftig die Nordseite des Lytteltons Brigade besetzten Berges an, zunächst erfolgreich; als aber die britischen Verstärkungen eintrafen, wurde die Stellung von diesem mit dem Bajonett wieder genommen.

* Modderriver, 8. Febr. Oberst Dundonald hält die Stellung an der Rododrivest.

Frankfurt a. M., 8. Februar. (Effektenbörse). Anfangskurse: Kreditaktien 236.50, Staatsbahn 141.—, Lombarden 97.70, Egypter —, 4% ungar. Goldrente 99.80, Wothardbahn 142.80, Disconto-Commandit 106.20, Banca 278.60, Gelsenkirchen 208.—, Darmstädter 145.70, Handelsbank 173.20, Tendenz: fest.

Berlin, 8. Febr. (Effektenbörse). Anfangskurse. Kreditaktien 237.10, Staatsbahn 141.50, Lombarden 97.75, Disconto-Commandit 106.10, Bankhaus —, Darmstädter 145.—, Kassische Noten 780.—, Tendenz: fest.

W. Berlin, 8. Februar. (Telegr.). Effektenbörse. Die Börse war bei Eröffnung auf Londoner Meldungen sehr veranlagt. Die Hauptaktivitäten der Spekulation richteten sich in erster Linie auf Putten und Bergwerksaktien, die lebhaft umgekauft wurden. Auch wurde auf die andauernd anregenden Konjunkturbereiche der Kohlen- und Eisenindustrie hingewiesen. Wenden wenig ausgetrigt, jedoch beengte. Eisenbahnwerte stiegen. In der zweiten Börsenrunde war das Geschäft ruhig bei kaum veränderten Kursen. Privatdiskont 8.75 pCt.

Konstanz, 8. Febr. Reutermeldung: Durch enorme Hitze wurde insbesondere an Mais viel Schaden verursacht.

Getreide.

† Mannheim, 8. Februar. (Getreidebericht pro Januar 1900.) Weizen: Während der ersten Hälfte unseres Berichtmonats war die Tendenz im Getreidegeschäft nach einer recht ruhigen und lustigen; in den letzten Wochen erst zeigte sich auf dem Weltmarkt eine bessere Stimmung infolge ungünstiger Ueberwinterungsberichte über die Saaten im Inneren Nordamerikas und erster Klagen über den Stand der Wintergetreide in Frankreich. Es zeigte sich, namentlich seitens der französischen Importeure, besserer Kaufmuth, und diese Kurierung genügt bei dem mäßigen Preisstand, um die Preise rasch in die Höhe zu treiben. Nicht nur Nordamerika, sondern auch Argentinien haben die Anforderungen für Weizen etwa 5—8 pCt. zu erhöhen, und es kamen zu den höheren Preisen auch größere Kontingente mit dem Kontinent und England zu Stande, vorwiegend aus neuen Kapitaleisen, die in Qualität vorzüglich zu fallen versprechen; in Bezug auf Quantität indessen soll die argentinische Weizenkontingente hinter den bisher gegebenen Erwartungen zurückbleiben, so daß kaum auf einen Exportüberschuß von 1.25 Millionen Tonnen gerechnet werden können. Von Rumänien und Südrußland waren in den letzten Tagen auch considerable Offerten da, die Beachtung finden konnten. Auf unserem Markte selbst kam die Festigkeit noch nicht recht zur Durchbruch. Die Preise haben sich wohl etwas erhöht, aber die Kaufkraft seitens unserer Mühlen in ausländischen Sorten ist sehr schwach, da unsere guten einheimischen Weizen noch sehr reichlich zugetrieben werden. — Roggen: Dieser Artikel hat sich im Laufe des Monats etwas im Preise gedrückt; derselbe gibt der Mühle nun eher Rechnung und es konnten daher auch einige Abkäufer von Südrussland und Kaukasus auf prompte und spätere Ablieferung zu Stande kommen. — Hafer: Das einheimische Produkt, das andauernd reichlich angeboten wird, dominiert noch immer, daher die Umsätze in ausländischem Hafer sehr beschränkt bleiben; trotzdem haben sich die Preise etwas gehoben. — Mais: Es ist ebenfalls etwas fester bei guter Konsumfrage; es wurden größere Posten aus Nordamerika und Argentinien bezogen. — Gerste zu Braugeworden wird dagegen wenig beachtet, während sich Futtergerste im Preise gut behauptete. Wir notiren Ende Januar: Russische Weizen A 17—18, Amerikanische Weizen A 17 bis 18, Kaplakweizen A 16½—17½, Russische Roggen A 16½, Weizen A 10.50—60, Kaplakmais A 10.50—60, Amerik. Hafer A 14½, Russische Hafer A 13½—15, Braugerste, ungarische A 17½, inländische A 16½—17½, Futtergerste A 14 der 100 Kilo, Bahnfr.

